

nähr ungssicherstellungsgesetz“ oder das „Marktstrukturfondsgesetz“. (Zu den Notstandsgesetzen und ihrer Anwendung auf die westdeutsche Landwirtschaft siehe „Neuer Weg“ 17/1965: Warum ist die Bonner Agrarpolitik bauernfeindlich?) Wie gesagt, alles im Interesse des westdeutschen Monopolkapitals.

Der von den Monopolen auf den Ministersessel geschobene Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, der Altnazi und Notstandsdiktator Höcherl, soll eben diese Interessen der Monopole in der Landwirtschaft durchsetzen. Er soll das vollbringen, was seine drei Vorgänger begannen, die Bauern endgültig für die Unterstützung der Bonner Revanchepolitik und zur Vorbereitung der geplanten Aggression gegen den Osten gewinnen bzw. gefügig machen.

Es zeigt sich: Die westdeutsche Wirklichkeit weist bereits eine zunehmende Diktatur der Minderheit über die Mehrheit, aber keine „freiheitlich-demokratische Ordnung“ auf.

Beispiel DDR

Freiheit und Demokratie, Menschlichkeit und Humanismus habe ihre wahre Heimstatt in unserer sozialistischen DDR. In der Deutschen Demokratischen Republik ist die ökonomische und politische Grundlage der antidemokratischen, antihumanistischen und unmenschlichen kapitalistischen Gesellschaftsordnung mit Stumpf und Stiel ausgerottet. Die Produktionsmittel gehören dem Volk oder Kollektiven sozialistischer Werktätiger. Es herrscht nicht mehr eine Minderheit über die Mehrheit, sondern das Volk bestimmt seine Gesicke, seine Entwicklung zu wahren sozialistischem Menschenglück selbst.

Das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft und den anderen werktätigen Schichten ist die Grundlage unseres Staates. Die hohe Menschlichkeit und der tiefe Humanismus unserer Arbeiter-und-Bauern-Regierung drückt sich darin aus, daß sie eine konsequente Friedenspolitik und eine den Interessen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes entsprechende nationale Politik durchführt.

Auch vor den westdeutschen Bauern steht heute die Aufgabe, mitzuhelfen bei der Schaffung eines friedlichen, demokratischen Deutschlands, in dem die westdeutschen Bauern mitregieren, an der Leitung der Wirtschaft und des Staates und auch an der Kontrolle der Banken und der Industrieunternehmen teilnehmen. Deshalb ist die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands von ganzem Herzen dafür, daß sich in Westdeutschland die Arbeiterklasse, die SPD, die KPD, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Bauern und andere demokratische Kräfte zu-

sammenfinden und ihren politischen Einfluß verstärken, um auch die Befreiung der Bauern von Ausbeutung und Existenzunsicherheit einzuleiten und schließlich durchzusetzen.

Demokratische Landreform zeitgemäß

Welcher Weg dazu in Westdeutschland gegangen werden muß, hat Genosse Walter Ulbricht in seiner programmatischen Rede zum 20. Jahrestag der SED anschaulich dargelegt. An erster Stelle rangiert die vor allen Deutschen stehende Aufgabe, Garantien zu schaffen, daß nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht. Nur im Frieden sind die elementarsten allgemein demokratischen Forderungen zu verwirklichen, zu denen in Westdeutschland auch eine demokratische Landreform gehört, die das bäuerliche Eigentum sichert.

Genosse Walter Ulbricht sagte dazu wörtlich: „Selbstverständlich geht es bei einer solchen Landreform nicht um Übertragung der Maßnahmen, die in der DDR notwendig waren und sich hier bewährt haben. In Westdeutschland haben sich unter dem staatsmonopolistischen Kapitalismus andere Bedingungen entwickelt. Über die gegenseitige Bauernhilfe, die gemeinschaftliche und genossenschaftliche Arbeit, suchen die werktätigen Bauern in Westdeutschland immer mehr nach Wegen, um sich — soweit es unter kapitalistischen Bedingungen überhaupt möglich ist — die Vorzüge des Landwirtschaftsbetriebes nützlich zu machen.

Durch Zurückdrängung des Einflusses der großen Banken und Konzerne wäre es sofort möglich, die Raiffeisen-Genossenschaften wieder zu demokratischen Organen der Bauern zu machen. Sie würden bei der Entwicklung der gegenseitigen Hilfe und der gemeinschaftlichen Arbeit, beim Ein- und Verkauf und bei der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse eine große Rolle spielen.

In Westdeutschland spielen die Pachtländereien eine große Rolle. Alle Bauern, die vom Staat oder von Großgrundbesitzern Land gepachtet haben, könnten dieses, wenn sie es wünschen, weiter bewirtschaften. Wucherpachten würden sofort auf einen Normalsatz gesenkt. Aus dem Bodenfonds sollte auch interessierten Landarbeitern, landarmen Bauern und vor allem bäuerlichen Gemeinschaften Boden zur Verfügung gestellt werden. Pachtgelder für Land aus dem Großgrundbesitz könnten zur Finanzierung bäuerlicher Gemeinschaften, zum gemeinschaftlichen Kauf von Großmaschinen, zur Errichtung von genossenschaftlichen Bauten usw. verwendet werden. Selbstverständlich würden Pachtvereinbarungen zwischen den bäuerlichen Betrieben von diesen Maßnahmen unberührt bleiben.“